

Dresdner Volkszeitung

Poststempel: Dresden,
Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Banffonto:
Gebr. Ernholz, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Besuchsbereich einschließlich Prangerlohn mit den wöchentlichen Beiträgen "Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreitzeitung: Wettinerplatz 10, Telefon 22 281.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 26 281.
Geschäftzeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile 20 Goldpf., die 90 mm breite Melangezeile 150 Goldpf. für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Kommissionanzeigen, Stellen- u. Kündigung 40 Prog. Rabatt. Für Briefsicherlegung 10 Goldpf.

Nr. 215

Dresden, Sonnabend den 13. September 1924

35. Jahrg.

Autoritätspopanz

Stresemanns Wahntwist — Der Gefangene der Deutschnationalen

Im leitenden Stelle des Auswärtigen Amtes ist man der Ansicht, daß zwar die Notifizierung der Erklärung zur Kriegsneutralität verschoben werden kann, doch aber ein Bezug auf sie unmöglich erscheint. Es handelt sich um eine Autoritätsfrage der Regierung, die sich kompromittieren würde, wenn sie nicht ausführte, was sie angekündigt hat.

Was löst der Außenminister Stresemann in seiner Presse verkünden. Er offenbart damit einen Grad von persönlicher Ehrgeizlosigkeit und politischer Unfähigkeit, der kaum noch zu überbieten ist. Stresemann will durch solche Ausschreibungen die Bekanntmachung festlegen. Er ist gegenwohl Berlin geflüchtet, um davon diese Bekanntmachung zu veranlassen, dann wieder gleich wieder ab. Erst während dieser Tage fehren die Deutschnationalen aus den Betrieben zurück und wollen in einer Abstimmung darüber beraten. Bis dahin ist es eine Annahme, die Regierung gegenüber den Ausländern festhalten zu wollen.

Aber wenn es Herrn Stresemann gelingt, seinen Willen in der Notifizierungsfrage durchzusetzen, dann erhält er die Regierungswahl. Gegen Wahnmänner darf man die Auseinandersetzung keinen Tag länger überlassen. Alle Nachte haben gewarnt, solange durch einer von den Deutschnationalen kommandiertes Notifizierungsspiel nicht wieder alles in Sicherheit gebracht wird. Wer verringert seine Konfliktstimmung gegen Deutschland? Vernichtet nicht die im Range befindliche befiehlende Meinung in der Schulfrage? Hilft alles nichts. Da kommt ein Stresemann und erklärt: "Autoritätsfrage". Ich habe erklärt, ich werde in den Vertrag treten — und obgleich es sich herausgestellt hat, daß es der braunende Ringraff ist, bringe ich doch in den Stand, weil es zur "Autoritätsfrage" wurde. Nun waren wir ganz zufrieden, wenn das Deutzen bloß eine persönliche Angelegenheit des Herrn Stresemann wäre. Aber sein ausgesetztes Blüten ist ein Spiel mit dem ganzen deutschen Volke. Was der Minister verbündet, das will das Volk zu beschließen. Deshalb muß man sich verblüfften, daß der Minister unter dem Tedmontus des Autoritätsprinzips das deutsche Volk schädigen will.

Angleich steht Herr Stresemann in der Regierungsspreize behauptet, die Regierungserklärung in der Kriegsneutralitätsfrage sei nicht von den Deutschnationalen ergungen, sondern ihnen vor London vorbereitet worden. In London habe man sie nur wegen Unkenntnis nicht abnehmen können. Und im Reichstag habe man den Spaltel der Bölkischen und der Kommunisten gefürchtet, deshalb sei die Erklärung erst nach Kriegsbeginn erfolgt. Soß die Deutschnationalen eine solche Version befreiten, in Selbstverständlichkeit. vielleicht erhöht man dabei die Wahrheit. Sicher ist aber jetzt davon, wenn Stresemann nun noch auf der Vollheit der Politisierung beharrt, er das aus Angst vor den Deutschnationalen tut. Er fühlt sich ihnen verständigt, deshalb die "Autorität".

Die Deutschnationalen freuen sich, denn nun kommt die Kritik, die sie in die Regierung bringen soll. Stresemann will die Katastrophen eröffnen. Er könnte sich nur nicht! Es kann idyllisch ganz anders kommen. Es wäre nicht der erste, dem es — um mit Balthasar zu reden — den Kopf gesetzet hat, in großen Tingen "idiot" sein zu wollen.

Vollsportliche Pille an die Deutschnationalen

Amausende Anführer des roten Flügels der Volkspartei haben den Deutschnationalen heilig verprüft, sie in die Regierung einzunehmen, wenn sie die Danzigerfeste zur Annahme bringen. Das ist geschehen — aber fragt man nur nicht wie. Die Deutschnationalen lehnten alle Geschebe ab, nur beim Eisenbahngesetz kommandierten sie 48. Wenn die Deutschnationalen ab, um es zu sichern. Nur, aber wollten alle Deutschnationalen wieder gegen die Erfüllungspolitik und das ganze Abkommen. Daben sie also die Vorbedingung zum Eintritt in die Regierung, so wie die Volkspartei meinte erfüllt? Darüber geht nun der Streit. Da ist es lustig zu sehen, was das Berliner Organ der Volkspartei, Die Zeit, die Herrn Stresemann nahelegt, zur Sache sagt. Da wird den Deutschnationalen folgende zu Gemüte geführt:

Es ist von vornherein selbstverständlich, daß man nur mit einer Partei und einem Anführer verbunden kann, die einkämpft auftritt. Es versteht sich von selbst, daß die Deutschnationalen bei der Zukunft keinen und sich ihr ganz zuwenden müssen, wenn ihre Zukunft auf Bevorstellung an der Regierung Verpflichtungen einzutragen sollen. Wenn jetzt andere Deutschnationale Abkommen, die mit der gemeinsam stehen, den Kampf gegen die von ihnen angenommenen Gesetze proklamieren, so verwirfen sie damit ein Recht, das sie durch ihre Abstimmung im Reichstag erworben zu haben glaubten. Es ist der einen anderen Weise denkbar, als dass die Deutschnationalen mit ihrem einzigartigen Eintritt in die Regierung auch die Ausführung des Güteabtes als Grundlage der fünfzehn Regierungspolitik anerkennen. Deutschnationalen auch die Ausführung des Güteabtes von den Deutschnationalen bestätigt werden, und zwar vor der Gesamtheit der Partei.

O weh! Sollte das wirklich von der Volkspartei den Deutschnationalen zur Bedingung gemacht werden, dann ist Deindustrialisierung vorzusehen. Dann fällt Stresemann hoff-

Hinein in den Völkerbund

Das Deutsche Friedensstaat ist telegraphisch folgende Einsicht an die Reichsregierung gerichtet: Die Versetzung in Kraft gehen, daß der Völkerbund in eine neue Form jenseits Cymmeria eingehen. Die Frage einer Unterwerfung der Ostküste im Sinne unverzüglicher Annäherung am Südwasser ist einer Friedensvereinigung, die Frage der allgemeinen Absonderung, die Frage der Bündigung — militärischer oder ziviler Art —, die Frage des Minderheitensaumes stehen auf der Tagesordnung, und zwar über die jetzige Fortsetzung hinweg.

Deutschland ist an all diesen Fragen auf das härteste interessiert. Darnach folgt, daß die deutsche Sicherung noch während dieser Tagung den Autonomie und Aufschluss stellen muss, damit sie nicht mehr der geringste Zweifel darüber besteht, daß es einen fundamenal zu erhalten wird.

Der Antrag wird noch vor Beendigung der diesjährigen Tagung entschieden werden können, da auf Grund der bis dahin vorliegenden Entscheidungen der militärischen Generalförstermon die deutschen tragen, ob Deutschland die ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllt.

Auf die sofortige Erledigung des Antrages spricht noch ein besonders nationales Interesse. Die deutsche Regierung wird also daran sorgen müssen, zur Räumung des Autonomiebrots noch vor dem Ende der diesjährigen Zeit zu erzielen. Soß das leichter möglich seien wird, wenn wir jetzt Wirkung werden, als wenn wir durch Unterlassen des Antrages förmlich gegen die offenen verdeckten Autonomieabsichten der demokratischen und durch die langjährig sich etablierende öffentliche Meinung aufs neue herausfordern, liegt auf der Hand.

Daß in dieser Zone eine praktische Rettung der Erklärung zur Schulfrage nicht erzielen darf, ist ja klar, daß es nicht erforderlich gewesen zu werden braucht.

Herunter mit den Preisen!

Herabsetzung der Kohlenpreise und Frachten — Der Widerstand der Agrarzölle

Die Reichsregierung hat die angekündigte Aktion zur Senkung der Preise unternommen und eine längere Rundgebung darüber erlassen. Zunächst werden folgende Maßnahmen getroffen:

1. Von 18. September an werden die derzeitigen Frachten der Normalschiffe des Baltikus, die Säfe des Tierarabis und die Frachten des allgemeinen Rohstoffausfuhrmarkts um 10 v. H. ermäßigt.

2. Der Bewertungsstab der Reichspost wird eine Entlastung der Postaufwendungen und Postfrachten beschließen.

3. Ab 18. September werden die zahlreichen Steinkohlenpreise um 10 v. H. ermäßigt. Nach der Bundesschweizernahme werden die Nutzkohlenpreise ebenfalls um mindestens 10 v. H. ermäßigt.

4. Die Reichsbahn erhält das Tilgungskontingent um 10 v. H. und damit für keine Warenwechsel die Laufzeit wieder auf drei Monate aus. Sie wird fortan wieder auf das Taktzeitdiagramm. Auf die Bahnverbindungen wird einheitlich, daß die normale Reibungszeit eingehalten. Die zahlreichen Devisenvorrichtungen werden fortfallen.

5. Unabhängig von der Postvorlage wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 an der Sonn-Umlauftaxe von 2 v. H. auf 2 v. H. herabgesetzt. Meistzeitig werden die Säfe der Bahnvertriebsrechte gekündigt. Beides geschieht durch Verordnung des Reichsministers.

Die Reichsregierung, so wird berichtet, erwartet, daß die gesamte Privatwirtschaft ihr auf dem Wege zur Senkung des Preisniveaus folgt und auch die öffentliche Wirtschaft, besonders die Gemeinden, mit ihren Wettbewerben.

Zu der letzten Zeit der Inflation waren die Preise in Deutschland weit über Weltmarkthöhe gestiegen, da die schnelle Entwertung des Geldes Händler und Erzeuger allenthalben veranlaßte, hohe Risikopremien in die Preise einzufoltern. Nach Einführung der Rentenmark gingen zunächst die Preise zurück, um aber in den Frühjahrsmonaten wieder zu steigen. Die Anzeichen einer neuen Inflation machten sich bemerkbar, die Zeppelnadrate überstieg bei weitem das Angebot. So griff die Reichsbahn unter Schadts energetischer Leitung mit Kreditlinienabnahmen ein. Sie erreichte durch ihre Abnahmen, daß die Rentenmark gehalten und der Markt einer neuen Geldentwertung vorbeugen wurde. Von dem für Deutschland so notwendigen Preisabfallen haben wir überwandt wenige zu früher bekommen. Verhältnismäßig niedrig standen in den ersten Monaten 1924 die Preise einiger landwirtschaftlicher Produkte, besonders die Getreidepreise, wovon die Verbraucher wenig Nutzen hatten.

Preisen, die die Verbraucher dem Händler bezahlen mussten, viel höher war als im Frieden. Diese Spanne zwischen den Preisen der Industrie- und Agrarprodukte hat sich inzwischen stark vermindert, leider nicht durch eine Verbesserung der Industriewaren, sondern infolge des Steigens der Getreidepreise. Die hohen Preise unserer Industrie erlaubten die deutliche Ausfuhr in hoher Höhe. Schon deshalb muß die Regierung alles tun, um die Preise herabzudrücken. So ist die jetzige Aktion der Regierung zu begrüßen, wenn sie auch noch stark der Ergänzung durch weitere Maßnahmen bedarf. Es sollen, wie aus oben wiedergegebenen Mitteilungen hervorgeht, zunächst die Kohlenpreise und die Frachten herabgesetzt werden, zunächst die Kohlenpreise und die Frachten bilden bei sehr vielen Waren einen wesentlichen Bestandteil des Preises. Wenn jetzt eine Herabsetzung des Kohlenpreises möglich ist, so zeigt das, daß bisher die Profite der Kohlemautoden, wenigstens im unbefestigten Gebiet, zu groß waren. Denn sonst wäre eine derartige Herabsetzung der Kohlenpreise doch für sie unerträglich. Ein befestigtes Gebiet hatte bisher den Kohlenbergbau die Kosten der Mietverträge zu tragen, die infolge der Londoner Abmachungen wegfallen. Da die Aufwendungen für Kohlen einen erheblichen Teil der Ausgaben der Reichsbahn ausmachen, so ermöglicht die Kohlenpreiserhöhung eine Frachterarbeitung, ohne daß die Reichsbahn eine sehr erhebliche Verminderung des Reingewinnes zu befürchten braucht. Gelingt es, durch die jetzt durchgeföhrten Maßnahmen die Wirtschaft zu beleben, so würde die Eisenbahn aus dem erhöhten Güterverkehr Mehreinnahmen erzielen.

Außerdem soll die Kreditlinie geöffnet werden. Die Kreditlinienabnahmen im Frühjahr dieses Jahres waren im Interesse der Währung unabdingt notwendig, aber jetzt, nachdem das Londoner Abkommen zustande gekommen ist, ist eine Verkürzung der deutschen Währung nicht mehr zu fürchten, und so ist eine Erweiterung der Kreditgewährung unbedenklich. Wenn die scharen Kreditlinienabnahmen der letzten Monate auch in vielen Händlerprovidenten und Händler gezwungen, ihre Waren auf den Markt zu werben, und auf diese Weise auch ein Druck auf die Preise ausgeübt wurde, so war doch anderseits die große Geldknappheit ein schwerer Hemmschuh für unsre ganze Wirtschaft, dem wir in der Hälfte das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten verdanken. Der hohe Zinsfuß, der eine natürliche Folge des Kreditmangels war, war auch vielleicht ein Hindernis für den Preisabfall. Sollen die Krediterleichterungen aber unsrer Wirtschaft den nötigen Nutzen bringen, so muß die Regierung gegenüber den einflussreichen Banken und Bankiers das nötige Mittlerat

Keine Rache an Georgien!

Ausklang der deutschen Sozialdemokratie

Aus dem Parteivorstand wird uns geschrieben: Die Nachrichten über die in Georgien verübten Exekutionen erfüllen die gesamte Welt mit Schrecken und Trauer. Unter den Beschuldigten, die wegen wirtschaftlicher oder behaupteter Teilnahme an dem Aufstand gegen die Moskauer Regierung hingerichtet wurden, befinden sich solche, deren Namen in der sozialistischen Welt einen guten Namen haben und deren Reinheit des Charakters bestellt ist. Die Befürchtung liegt nahe, daß das Werk der blutigen Rache weiter fortgelegt werden und solche Personen treffen wird, die aus idealistischen Motiven mit der Aufstandsregierung verbunden haben.

Georgien ist ein kleines Land mit hoher eigener Kultur an der äußersten Grenze Russlands. Eine mit den Mitteln blutiger Gewalt betriebene Unterdrückung seines Volkes und Selbständigkeit wäre nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit zu verurteilen, sie würde auch nicht durch die Behauptung entkräfft werden können, daß der russische Staat in seiner heutigen Form aus Gründen der Selbstverteidigung oder Verwendung äußerster Mittel gesperrt sei. Darum müssen die vorgenommenen Exekutionen als kriminelle Grausamkeit verurteilt werden.

Die deutsche Arbeiterschaft hat stets für die Rechte der kleinen Völker ein tiefgehendes Verständnis gefunden und Meineid des Siegers an den Befreiten als unmenschlich erklärt. Sie wird auch diesen ihrer Stimme für das Volk Georgiens erhalten in der Erwartung, daß sich die Stimmen der ganzen Welt mit der ihren vereinigen werden zu dem Rufe:

Keine Rache an Georgien!

Abschlachtung von 22 Politikern

Paris, 12. September. (Sig. Dr. Hartberg.) Nach Berichten aus Tiflis hat die dortige Räte ohne vorangegangenes Gerichtsurteil die Hinrichtung von 22 Politikern angeordnet, die einige Monate vor dem Aufstand (1) in Sofia gehalten wurden. Unter diesen Toten befinden sich der frühere Minister Chomariashvili, der Bürgermeister von Tiflis Tschilioschvili, der frühere Chef der georgischen Nationalarmee Tsangeli und andre in der sozialdemokratischen Bewegung bekannte Personen.